



Grünschnabel

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT

Grüne Liste Büttelborn

MÜLLDEPONIE bedroht wertvolles BIOTOP

SPD-CDU KOMPLOTT

in RIEDWERKE:

Nach der Wahl wird die Sache durchgezogen!

In der Ausgabe der HEIMAT-ZEITUNG vom Samstag den 8.Dezember konnte man auf der Groß Gerauer Seite eine für Büttelborn wichtige Nachricht lesen:

Landrat Blott äußerte sich dort zu einem "empfindlichen Thema", nämlich der geplanten Großmülldeponie Büttelborn. Im Riedwerke-Vorstand habe man - so Blott - beschlossen, das Thema "Mülldeponie Büttelborn" bis zur Kommunalwahl im März 1985 nicht anzupacken.

Von uns aus gesehen heißt dies im Klartext: Vor der Wahl will man "Friede, Freude, Eierkuchen", damit der Büttelborner Bürger als "Stimmvieh erst mal brav sein Kreuz macht. Aber nach der Wahl wird dann ohne Rücksicht durchgezogen.

Die Grüne Liste Büttelborn, die Kreistagsfraktion der Grünen und der "Müll-Arbeitskreis der Kreis-Grünen wollen dieses Komplott nicht mitspielen. So hat die Kreistagsfraktion der Grünen inzwischen beschlossen," dem Planfeststellungsverfahren zu dem Standort "Deponie Büttelborn" nach dem heutigen Kenntnisstand nicht mehr zuzustimmen.

Welche neuen Kenntnisse gibt es nun, um gegen den geplanten Standort in Büttelborn zu sein? Neben Bedenken technischer Art, so Probleme des unstablen Untergrundes durch die ehemalige Bauschuttdeponierung und der Geruchsbelästigung der Anliegergemeinden kristallisiert sich immer mehr folgendes heraus:

Das geplante Gelände in Büttelborn liegt rechts von der B 42 Richtung Weiterstadt vor dem Wald, auf der anderen Straßenseite liegen zwei Teiche.



Kreuzkröte hüpf nicht, sondern läuft (mit unter sehr schnell) und kann daher bei Nacht leicht mit einer Maus verwechselt werden

Es umfaßt Ackergelände und eine ehemalige Bauschuttdeponie. Nun ist in dieser ehemaligen Bauschuttdeponie seit Jahrzehnten durch ihre relative Ungestörtheit eine interessante Entwicklung abgelaufen.

Als Büttelborner Naturschützer sich mit dem Gelände beschäftigten und die Pflanzen- und Tierwelt untersuchten, kamen sie zu einem überwältigenden Ergebnis:

Durch einen "Krötenzaun", der die Tiere vor dem Autoverkehr auf der B 42 schützen sollte, konnten man 9 Amphibienarten feststellen, darunter die Knoblauchkröte, die Kreuzkröte, der Springfrosch und der Kammolch. Alles Arten, die auf der "Roten Liste" der aussterbenden Tierarten stehen. Bei den Pflanzen war es ähnlich: Die auf der Roten Liste stehende Dunkle Königskerze, das eck Lungenkraut, der Schmalblättrige Doppelsame und das echte Tausendgüldenkraut konnten registriert werden.

All diese seltenen Pflanzen- und Tierarten mußten sich aus den stark bewirtschafteten Ackergebieten zurückgezogen haben und in dieser ehemaligen Bauschuttdeponie mit Sandboden und Teich- und Sumpfbereichen bis auf die andere Straßenseite idealen Bedingungen gefunden haben. Dieses Gebiet ist deshalb aus Gründen des Artenschutzes einzigartig: der Büttelborner Gemarkung und gleichrangig mit Naturschutzgebieten im Kreis zu sehen. Es ist ökologisch gesehen unbezahlbar.

GRÜNE fordern neue

Standortsuche

Die Grüne Liste Büttelborn wird deshalb diese seltene und bedrohte Pflanzen- und Tiergemeinschaft mit allen Mitteln verteidigen. Wir fordern aus diesen Gründen eine neue Standortsuche für die Mülldeponie im gesamten Kreisgebiet, bei der auch ökologische Kriterien gleichgewichtet ihre Bedeutung haben.

Darüberhinaus fordern wir die örtliche SPD und CDU auf dazu beizutragen, daß veranlaßt wird:

- Bestandsaufnahme der Pflanzen- und Tierwelt auf dem geplanten Deponiegelände durch ein unabhängiges Institut z.B. an der TH-Darmstadt
- Feststellung durch dieses Institut, welche Pflanzen und Tiere unter das Bundesartenschutzgesetz fallen

DIOXINE im Landgrabenschlamm?

Dieter Schulmeyer, Vorsitzender des Umweltausschusses ist sauer. Auf seine Anfrage hin konnte Horst Gölzenleuchter, Bürgermeister und Vorstandsmitglied des Wasserverbandes Schwarzbach-Ried, auf der letzten Gemeindevertreterversammlung bis heute keine Antwort geben. Es ging ihm schlicht darum zu erfahren, ob im Landgrabenschlamm neben Arsen und Schwermetallen auch Dioxin abgelagert sei.

Auch Bürgermeister Gölzenleuchter weiß, daß vor Jahren das Kühlwasser aus der Schlackenabkühlung der Müllverbrennungsanlage in Darmstadt in die dortige Kläranlage und von dort in das Grabernetz Darmbach- Landwehr- Land-

graben gelaufen ist. Warum geht er dann aber nicht den Wasserverband an, daß endlich klare Fakten in Sachen Dioxin auf den Tisch kommen?

Es gibt aber noch mehr Ungereimtheiten beim Landgrabenausbau:

Der von Schwermetallen und Arsen vergiftete Schlamm auf der Sohle des Landgrabens wird nicht, wie vorgesehen geräumt und daraufhin eine Uferbefestigung vorgenommen. Nein, das Pferd wird von hinten aufgezäumt! Zuerst wird der Uferbereich mit Steinwurf zugeschüttet und mit Schotterkörben befestigt und dabei der Bachlauf geändert. Der Schlamm wird dadurch entweder zugedeckt →



DIOXINE...

oder aufgewirbelt und an anderen Stellen abgelagert. Dann, so sagt der zuständige Sachbearbeiter des Wasserverbandes denke man an eine Schlammprobe. Diese Entnahme ist wohl aber bei diesem Unsinn nicht mehr nötig und geradezu unsinnig. Die jetzigen Uferbefestigungen werden bei einer Sohlerräumung nachrutschen. Steuergelder (800.000 DM) werden damit im Landgrabenschlamm versinken. Aber vielleicht ist das ein Kalkül? Soll vielleicht das Problem Giftschlamm und seine Deponierung für immer auf der Bachsohle "abgelagert" werden? Bürgermeister Gülzenleuchter, der gegen die Umweltschutzverbände im Ort und Kreis ein engagierter Mitteltreiber derer war, die die Auwiesen am Landgraben in eine Deponie für den Giftschlamm verwandeln wollen, und der auf einer Begehung des Bundes für Umwelt- und Naturschutz von einem Fahrradweg auf eben diesem "Giftnägel" schwärmte, sollte sich endlich entscheiden, welche Interessen er vertritt:

die der Büttelborner Pürger, für die das alte Neckarbett der Mäherholung dient, oder die des Wasserverbandes Schwarzbach-Ried, der doch nur nach einer billigen Deponierung des verseuchten Schlammes sucht. Zumal sein Kollege Hohl und die Groß-Gerauer SPD davon lange schon abgerückt sind.

Preisfrage :

Wieviel der Büttelborner Gemeindebediensteten gehören der SPD an ?

Filzstufe 1 :	76 - 100 %
..	2 : 51 - 75 %
..	3 : 26 - 50 %
..	4 : 0 - 25 %

Grüner

demaskiert 'Flick-Parteien'



OTTO SCHILY

Daß Industriehosse von Format eines Dr. Flick in den vergangenen Jahren wesentlich die Bonner Regierungsgeschäfte mitbestimmten, davon dürfte nach den skandalösen Enthüllungen der letzten Wochen auch der allerletzte Zweifler überzeugt sein. Die Steuerfahnder in Sachen Spendenskandal wurden unter anderem fündig bei Firmen wie Flick, Liebherr-Verzahrtechnik, Klinge-Pharma, Veba, Salzritter-AG, Honkel, Payer, Unilever, Kaufhaus Horten. 1980 bedachten die Unternehmer CDU/CSU und FDP mit 76 Millionen DM, die SPD mit 12,8 Millionen DM.

FRAUENHAUS bald eröffnet!

Mitte Dezember d.J. wird das autonome Frauenhaus Groß-Gerau seine Arbeit aufnehmen können. Es soll eine Zufluchtstätte für geschlagene und mißhandelte Frauen und deren Kinder aus dem Südkreis bieten. Daß es neben den bestehenden Frauenhäusern in Darmstadt und Raunheim einen dringenden Bedarf für die hiesige Region gibt, zeigt die ständige Überbelegung der genannten Häuser. Die Initiative zur Errichtung eines Frauenhauses ergriff die Frauengruppe Groß-Gerau, die inzwischen als Verein eingetragen ist. Die Stadt Groß-Gerau war bei der Suche nach einem geeigneten Haus behilflich. Sie, sowie die umliegenden Gemeinden, haben ihre finanzielle Unterstützung zugesagt bzw. in die Tat umgesetzt. Eine Sozialarbeiterin, die im April d.J. schon ihre Arbeit aufgenommen hat, ist derzeit unter der Nummer 06152/3 99 77 telefonisch zu erreichen. Bei Eröffnung des Frauenhauses sollen 2 weitere Mitarbeiterinnen ihre Arbeit aufnehmen. Das von der Stadt Groß-Gerau angemietete Haus wird mit sechs Wohnräumen, einem Spielzimmer, Bad und Küche mind. 6 Frauen mit ihren Kindern Unterkunft bieten können.

Die Konzeption des autonomen Frauenhauses Groß-Gerau sieht vor, daß weder eine Heim-, noch eine Versorgungsatmosphäre die darin lebenden Frauen und Kinder beeinträchtigen soll. Die dort tätigen Mitarbeiterinnen verstehen sich als unterstützende und mutmachende Personen, die auf Wunsch der Bewohnerinnen, die erfahrungsgemäß psychisch und physisch "am Ende" sind, Hilfestellung bei der Bewältigung der vielschichtigen Probleme geben und Gespräche anbieten. Für die Dinge des täglichen Bedarfs wie Kochen, Reinigen der Zimmer etc. sollen sich die Bewohnerinnen selbst zuständig fühlen. Wie die Erfahrungen aus anderen Frauenhäusern zeigen, erzeugt dieser Aspekt der Selbstversorgung unter den Bewohnerinnen eine echte Solidarität, die aus dem gemeinsam erlittenen Schicksal resultiert.

Neben dieser rein praktischen Konzeption, verfolgen alle Frauenhäuser darüber hinaus ein gesellschaftspolitisches Ziel: Sie wollen die im Privaten verborgene und im Alltag



tolerierter Gewalt gegen Frauen aufzeigen und veröffentlichen. Sie wirken zugleich für eine Veränderung, ja, die Abschaffung gewaltsamer Verhältnisse zwischen Männern und Frauen.

Die GLB unterstützt in ihrer Zielsetzung dieses genannte und ähnliche Projekte, die sich unmittelbar mit dem einzelnen Menschen befassen und diesem bei der Bewältigung einer extrem schwierigen Situation behilflich sind. Leider nutzen die derzeit Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft die ökonomische Krise und die damit begründete Wende in der Sozial- und Familienpolitik, um die bestehenden Frauenhäuser und Fraueninitiativen in ihrer Arbeit zu behindern, kurzzuhalten, zu kontrollieren oder im Sinne hergebrachter Sozialarbeit zu vereinnahmen. Dagegen gilt es sich zur Wehr zu setzen und mit den Frauen zu solidarisieren!

Spendenkonto: 5363 Kreissparkasse G.-G. Frauenhausinitiative Groß-Gerau e.V.

von Weizsäcker, Leisler-Kiep, Junge Union, Kai Uwe von Hassel, Zimmermann bis hin zum ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Ernst Benda.

Wenn hier Unternehmungen Geld spenden, so erwarten sie dafür auch Gegenleistungen.

Nachdem in Bonn der Amnestieversuch der CDU/CSU, der schon fast an das Ermächtigungsgesetz im 3. Reich erinnert, gescheitert ist und somit Politiker auch in Zukunft noch für Steuerhinterziehungen, korrupte Vorteilsnahmen und ähnliches unter Umständen bestraft werden können, sinnen alle Spendenparteien derzeit nach Möglichkeiten, diese Spendenannahmen in Zukunft besser verschleiert durchführen zu können.

Hier tut sich die FDP besonders hervor. Im Mafia-Stil sollen diese Gelder z.B. in die USA, von dort in die Schweiz und über weitere Umwege wieder zurück in die Parteienkassen wandern, um so den Fahndern eine Strafverfolgung erheblich zu erschweren.

Eine von der Mehrzahl der Bundesbürger geforderte Offenlegung aller Bezüge der Politiker wird mit Vehemenz von der CDU/CSU verhindert.

Nur gut, daß wenigstens der Bundestagsabgeordnete Schilly von der Fraktion der 'Grünen' als einziger im Untersuchungsausschuß auf Aufdeckung der Affäre Barzel vorantrieb. - Bekanntlich hatte Barzel für "anwaltschaftliche Beratungen" 1,7 Millionen DM von Flick erhalten.

In dem Sumpf der Ermittlungen tauchen dann ferner Stiftungen und Verbände auf wie Friedrich-Ebert-Stiftung, Vorwärts-Verlag, Arbeiter-Wohlfahrt, Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V. (FDP und Unionsparteien erhielten alleine von dieser Vereinigung 214 Millionen DM).

Da denkt sich in diesen Kreisen schon niemand mehr etwas dabei, wenn z.B. der nordrhein-westfälische SPD-Landtagsabgeordnete Hilmar Selle bei Flick wegen "familiärer Schwierigkeiten" vorstellig wird und von dort von verständnisvollen Seelen ein Kuvert mit 40 Tausendmarkscheinen erhält. Zu Hause reklamiert er dann nach dem Nachzahlen einen fehlenden 1000-DM-Schein bei Flick.

Doch Selle ist nur ein kleines Licht in der Hitparade der Spendeneempfänger; dafür nur 2 Beispiele mit Flick'schen Spendenverbuchungen:

1. Flick wg. Strauß
in der Zeit von 1975 bis 1980 = 15 Zahlungen von insgesamt DM 2.363.310,43 darunter unter anderem ein Präsent zum 60. Geburtstag: ein silbernes Pferd Meister Jeremias Ritter 1640-1645 im Wert von DM 66.000,--.
2. Flick wg. Kohl
in der Zeit von 1974 bis 1980 = 11 Zahlungen von insgesamt DM 515.000,--.

Die Liste der Spendeneempfänger umfaßt unter anderem des weiteren:

Spiel mir das Lied vom Tod

Die bisherige Umweltpolitik hat mit den jüngsten Zahlen, wonach 50,5 % des Waldes geschädigt ist, den Bankrott angemeldet. In Zahlen sah das im Oktober 1984 (man muß bedenken, daß diese Zahlen inzwischen schon wieder veraltet sind) lt. Angaben von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle so aus:

3,7 Mio. Hektar von insgesamt 7,4 Mio. Hektar Wald in der Bundesrepublik sind krank. Prozentual zum Vorjahr ergibt das folgendes Bild:

	1984	1983
schwach geschädigt	33 %	25 %
mittelstark geschädigt	16 %	9 %
stark geschädigt od. bereits abgestorben	1,5 % 50,5 %	1 % 35 %

1982 waren "erst" 8 % der Bäume geschädigt. Bei allen Baumarten haben die Schäden im letzten Jahr zugenommen, ganz besonders betroffen sind jedoch die Buchen und Eichen. So hat sich die Schadensfläche bei der Buche seit Herbst 1983 auf 600.000 Hektar fast verdoppelt und die bei der Eiche auf 270.000 Hektar verdreifacht.

Nach dem Fichtenbestand und dem Kiefernbestand ist die Schadensfläche bei der Tanne am gravierendsten.

Nach Bundesländern gegliedert, sind in Baden-Württemberg und Bayern die Waldschäden am höchsten. Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz haben jeweils 42% Schafläche.

Bei den vorgelegten Statistiken ist zu bedenken, daß in jedem Jahr die offensichtlich absterbenden Bäume geschlagen werden und daher in der Statistik nicht mehr erscheinen.



Diese katastrophale Bilanz erfordert umgehendes Handeln der Verantwortlichen. Die breite Diskussion darüber, ob die ersten Autos 1986 oder 1989 (fast) umweltfreundlich fahren werden, ist im Verhältnis zu dem Ausmaß der Schädigung fast lächerlich. Die Gifte, die den Wald zerstören, kommen auch aus Industrieschlotten, aus Kraftwerken, aus Heizungskaminen und auch aus Flugzeugen.

Wie können Politiker es verantworten, daß erst im Jahre 1989, wenn vielleicht die heute kranken Bäume abgestorben sind, ernsthaft wirksame Maßnahmen ergriffen werden?

Ist die Reaktion der Bäume auf die Schadstoffbelastung unserer Umwelt nicht alarmierendes Signal genug, uns Menschen hellwach werden zu lassen? Wir Menschen sind gegen die Umweltverschmutzung sicher nicht immun!

..auch in Büttelborn



Auf eine Anfrage der GLB-Fraktion vom Februar 1984 an den Gemeindevorstand Büttelborn bzgl. der Immissionswerte hin wurde ihr im Mai 1984 mitgeteilt, daß die hessische Landesanstalt für Umwelt in Büttelborn keine Immissionsmeßstation habe und kein flächenbezogenes Immissionsmeßprogramm nach TA Luft durchführe. Die Werte könnten nur aufgrund von Messungen im Bereich Wiesbaden, Raunheim, Darmstadt und Biebesheim abgeschätzt werden, wonach die Immissionsgrundbelastung in Büttelborn als "nicht ungünstig" eingestuft werde.

Immerhin waren im Jahre 1983 bereits 11 % der Gemeindefeldfläche durch Schädigungen von Kiefern betroffen; hinzu kommen die Schädigungen der Bestandsklasse Fichte, bei der eine Fläche von rd. 0,5 ha stark geschädigt bis absterbend ist. Das Hess. Forstamt Groß-Gerau: "Größere Schäden sind bei Fichte voraussichtlich nur deshalb nicht festzustellen, weil keine entsprechend älteren Fichtenanbauflächen vorhanden sind. Insgesamt ist einschränkend festzustellen, daß die obigen Zahlenangaben auf einer Einschätzung und Bewertung durch Augenscheinnahme beruhen. Die Schädigung durch Luftbelastung ist möglicherweise bereits weiter fortgeschritten, ohne daß eine entsprechende optische Veränderung z.B. in der Benadelungsstärke bereits sichtbar ist....."●

Kaum zu glauben, aber diese Aufnahmen stammen aus dem Büttelborner Wald. Die toten Waldbestände sind in der Zwischenzeit gerodet. Das Sterben der Bäume vor einigen Jahren basierte auf der massiven Grundwasserentnahme aus dem Ried. Neben diese Verdunstungsgefahr tritt nun eine schleichende Vergiftung des Waldes. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann wieder solche Bilder zu sehen sind.

'Prost Neujahr'

WÜNSCHEN DIE VERANTWORTLICH FÜR DIESE ZEITUNG SIND:
PETER BEST
GÜNTHER MÖTTL
JÜRGEN SCHORSACK
UND DIE DARAN MITGEARBEITET HABEN:
FRIEDER ENGEL
GABY FRITSCHKE
ERIKA KORENT
JÜRGEN POHL
TRAUTEL RADZOM
GERD REINHEIMER.
UND NATÜRLICH NICHT ZULETZT WÜNSCHEN WIR VON DER GRÜNEN LISTE
BÜTTELBORN EUCH ALLEN "GERUHSAME
UND BESINNLICHE" WEIHNACHTSTAGE!

Kein Herz für Kinder'

Behörden verhindern sicheren Schulweg

Die GLB hat zur Entschärfung eines besonders gefährlichen Punktes auf dem Schulweg der Kinder des Worfelder Ortsteils Hesselrod einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, der nach längerer Diskussion und anfänglichem Zögern der SPD-Fraktion mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. In diesem Beschluß wird im einzelnen vorgeschlagen:

- o Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h.
- o Einrichtung einer Bedarfsampel für Fußgänger und Radfahrer
- o Aufpflasterungen auf der Fahrbahn zur Unterstützung der Geschwindigkeitsbeschränkung
- o Anforderung von häufigen Radarkontrollen

Was ist geschehen, nachdem dieser Beschluß gefaßt war?

Das Ortsschild wurde weiter nach Norden versetzt. Ein Schild "Radarkontrolle" wurde angebracht. Sonst nichts!! Wir sind der Meinung, daß solche Minimalmaßnahmen nicht genügen. Wir fordern den Bürgermeister auf, sich nicht hinter vorgesetzten Dienststellen zu verstecken, sondern im Interesse der Kinder Zivilcourage auch gegenüber den vorgesetzten Behörden im Kreis und Land zu zeigen.●

EINES TAGES WIRD DER MENSCH DEN LÄRM EBENSO

UNERBITTLICH BEKÄMPFEN MÜSSEN WIE DIE

CHOLERA UND DIE PEST. ROBERT KOCH 1910

Wenn Sie, verehrter Leser, noch Zeitungsausschnitte aus der heißen Phase der Startbahnauseinandersetzungen vor ca. 3 Jahren aufbewahrt haben, werden Sie nachlesen können, wie wichtig der Bau dieser Startbahn für unser Land sei. Man denke nur an die Tausenden von neuen Arbeitsplätzen.

Die negativen Folgen des Startbahnbaus wurden gering eingeschätzt: Lediglich die nördlichen Teile Büttelborns, die Ortsteile Klein Gerau und Worfelden, hätten einen geringfügigen Lärmzuwachs zu erwarten. Man beachte das Wortchen-"geringfügig"! Noch im Herbst vergangenen Jahres hat dies nochmals ein Herr Linden von der Bundesanstalt für Flugsicherung (BFS) interessierten Ortsbürgern bei einer Anhörung in Worfelden versichert.

Leider sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Wie von uns vor Jahren befürchtet, ist in Klein Gerau ein Lärmzuwachs im Dauerschallpegel von 51 dB(A) auf über 59 dB(A) und in Worfelden von 59 dB(A) auf 64 dB(A) zu verzeichnen. Das entspricht nicht, wie man etwa für Klein Gerau vermuten könnte, einem Zuwachs von $8/51 = 16\%$, sondern bedeutet mehr als eine Verdoppelung - fast einer Verdreifachung - des bisherigen Fluglärms. Spitzenpegel von über 90 dB(A) sind mehrmals am Tag und manchmal in der Nacht keine Seltenheit.

Wenn man bei einer solchen Steigerung noch von Geringfügigkeit sprechen kann! Stellen Sie sich einmal vor, man würde Ihr Monatseinkommen um



Klein Gerau 1984

die gleiche Geringfügigkeit erhöhen. Wie oft könnten Sie dann mit diesem Einkommen dem Lärmterror entweichen, um Urlaub zu machen? Noch eines: Einige hohe Herren in unserer Gemeinde propagieren der Bevölkerung in dieser Lage eine einfache Lösung. Die Flugzeuge müßten nur genau auf einer Fluglinie fliegen, dann wäre die Gemeinde mit Lärm verschont. Ob eine solche genauere Flugwegführung mehr Vorteile als Nachteile für Worfelden bringt, erscheint uns sehr fraglich. Immerhin sind vornehmlich die Abweichungen von der Flugroute bis zu 1 km nach Westen und Osten als Flugtrichter den Piloten eingeräumt. Sollte auch ein Drehfunkfeuer bei Pflugstadt dauerhaft installiert werden, so sind dennoch Kursabweichungen aus der Sicht von Piloten nicht vermeidbar. Für die Bewohner im Osten Klein Geraus und im Westen von Worfelden hätte dann eine exaktere Flugwegführung eine noch stärkere Konzentrierung der Überflüge und damit noch mehr Lärm als Folge.

Wäre dann nicht die Lösung in einem exakteren Fliegen zu suchen, sondern im umgekehrten Vorgang, nämlich einer möglichst breiten Streuung der Überflüge?

Ehe also der Ausbau des Funkfeuers bei Pflugstadt gefordert wird, sollte doch durch Testflüge und exakte Fluglärmmessungen untersucht werden, ob dies nicht für Büttelborn eher Nachteile als Vorteile bringt?

Das sollte sich auch unser Bürgermeister vorsichtshalber fragen!

KAMPF DEM FLUGLÄRM

- unsere Ziele

Am 13. November trafen sich im historischen Rathaus Büttelborn Vertreter aller Grünen- und Alternativen-Listen aus der vom Fluglärm durch die Startbahn West besonders betroffenen Region "Darmstadt-Arheiligen, Weiterstadt, Büttelborn, Mörfelden-Walldorf und Groß-Gerau.

An diesem Abend wurden bis in die späte Nacht Forderungen zur Verminderung des Fluglärms erarbeitet. Gemeinsam will man diese Vorstellungen in die Fraktionen der Grünen im Landtag, Bundestag und Frankfurter Römer hineinbringen.

Ziel ist eine "Grüne Initiative" in Sachen Fluglärm.

Nachtflugverbot

An der Spitze der Forderungen steht das generelle Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen. Zur Einführung wurde ein Stufenplan empfohlen, der schrittweise bis zum 1. November 1986 die Nachtflüge reduziert, um den Fluggesellschaften und der Post Zeit für Umstellungen zu belassen. Die Landesregierung wird aufgefordert, gegen die Bundesregierung das Nachtflugverbot einzuklagen. Nach einem Rechtsgutachten ist dies möglich (Gutachten Hofferberth und Koch, Ffm.)

Lärmmeßkette

Ein weiterer zentraler Punkt ist der Aufbau einer Lärmmeßkette in einer Linie von Erzhäuser-Schnepfenhausen-Worfelden-Klein Gerau-Groß Gerau-Nauheim und zwischen Worfelden und Mörfelden-Walldorf. Bei dieser Lärmmeßkette sollen nicht wie bisher isolierte Lärmmessungen vorgenommen werden, sondern alle Meßstellen sollen "on-line" elektronisch miteinander gekoppelt sein. Dadurch soll möglich sein, jeden Überflug über diese Linie unabhängig von seiner Lage lärmmäßig exakt zu erfassen.

Neue Lärmzonen

Mithilfe dieser exakten Fluglärmmessung sollen die seitherigen Lärmzonen überprüft werden. Damit muß endlich eine realistische Neugliederung des Raumes in Lärmzonen vorgenommen werden, denn seither wird die Bevölkerung diesbezüglich mit Rechenmanipulationen betrogen.

Schallschutzfenster

Nach diesen tatsächlichen Lärmzonen soll ein Lärmenschutzfensterprogramm von der Landesregierung finanziert werden. Wir sind der Meinung, daß das sogenannte "Freiwillige Schallschutzfensterprogramm" der Flughafen-AG nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Für uns Grüne gilt die Landesregierung durch ihr knallhartes Votum zur Startbahn West als Lärmverursacher, dann soll sie auch bezahlen.

Alle Wohngebiete mit einer Belastung ab 60 dB(A) sollen mit diesem Fensterprogramm ausgerüstet werden.

Abgasmessung

Zusätzlich zur "Fluglärmmeßkette" soll eine "Immissionsmeßkette" vorerst unter der Südroute installiert werden, damit eine exakte Messung der Abgasbelastung durch Flugzeuge in dieser Region dauerhaft möglich ist.

Keine Landebahn!

Weiter ist für uns noch wichtig, daß gesetzlich festgeschrieben werden muß, daß die Startbahn West zu keiner Zeit als Landebahn benutzt werden darf. Der Verdacht verstärkt sich bei uns immer mehr, daß die Flughafen AG dies plant.

30.400 DM für die Klagegemeinschaft Nachtflugverbot

für anstehende und geplante Prozesse ist eine der Forderungen der Grünen Liste Büttelborn an den Haushalt 1985 der Gemeinde Büttelborn. In der Frage des Nachtflugverbotes dürfen wir "keine Ruhe geben".

Im gleichen Sinne fordern wir, daß eine Kapazitätsbegrenzung für den Frankfurter Flughafen festgelegt wird. In unserem Ballungsraum mit seinen gesundheitlichen Belastungen durch Abgase und Lärm haben allein auf Profit abgezielte Wachstumspläne keinen Platz mehr.

Nicht zuletzt sehen wir die Verwirklichung der nun folgenden Forderungen für genauso wichtig an:

laut » Strafe

- Laute Flugzeuge müssen stärker mit Lande- und Startgebühren belastet werden. (Modelle und praktische Beispiele stehen zur Verfügung)

UKW-Funkfeuer

- Die Landesregierung muß die Mittel bereithalten, damit das "miese" Mittelwellenfunkfeuer Bad König endlich auf UKW umgestellt wird. Es ist ein Hohn, daß bis jetzt eine Verbesserung des Funkfeuers von der Bundesanstalt für Flugsicherung aus Kostengründen abgelehnt wurde.

Aber der Kampf gegen den Fluglärm kann nicht einer Handvoll grüner Abgeordneter allein überlassen sein. Wir meinen, der betroffene Bürger selbst muß sich entschlossener als seither über die Parteigrenzen hinweg organisieren. Das langfristige Ringen um Fluglärmverminderung ist nur sinnvoll, wenn eine mitgliedstarke Organisation den staatlichen Stellen in Wiesbaden und Bonn gegenübertritt. Sonst werden wir einfach nicht ernst genommen. Als Organisation schlagen wir dazu die "Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms e.V." vor, deren Vorsitzender der Königstädter Professor Dr. Denk ist!